



Ausschuss für Europa und Internationales

43. Sitzung (öffentlich)

14. November 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:04 Uhr bis 11:56 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Lara Jähnke

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 3 |
| hier: Begrüßung von Andrea Reh (SPD) als neues ordentliches Mitglied | |
| 1 Luft- und Raumfahrt – Europäische Chancen, regionale Perspektiven für Nordrhein-Westfalen | 4 |
| – Gespräch mit Herrn Professor Dr. Ewald, Herrn Dr. Cremer, Herrn Dr. Pelzer und Herrn Professor Dr. Hiesinger | |
| 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026) | 24 |
| Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/15000
Drucksache 18/16300 (Ergänzungsvorlage) | |

Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses
Vorlage 18/4219 (Erläuterungsband)
Vorlage 18/4366 (Einbringungsbericht)
Vorlage 18/4508 (Beantwortung der Fragen der Fraktion der SPD)

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt den in Zuständigkeit des Ausschusses für Europa und Internationales befindlichen Kapiteln des Einzelplans 02 unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage Drucksache 18/16300 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

- 3 Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei nach seiner Israelreise vom 25. bis zum 27. Oktober 2025 (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe APr 18/1042])** **29**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 4 Verschiedenes** **33**
- a) Beantragungsfrist der Fraktionen für schriftliche Berichte** **33**
- Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das vom Vorsitzenden Stefan Engstfeld vorgeschlagene Verfahren, dass schriftliche Berichte zukünftig in der Regel bis zum Freitag der Vorvorwoche um 14:00 Uhr beantragt werden müssen.
- b) Mandat des Landes Nordrhein-Westfalen beim Ausschuss der Regionen** **33**

Vor Eintritt in die Tagesordnung

hier: **Begrüßung von Andrea Reh (SPD) als neues ordentliches Mitglied**

Vorsitzender Stefan Engstfeld heißt Andrea Reh (SPD), die Serdar Yüksel nach dessen Einzug in den Bundestag bei der Bundestagswahl im Februar 2025 ersetze, als neues ordentliches Mitglied im Ausschuss für Europa und Internationales herzlich willkommen.

1 Luft- und Raumfahrt – Europäische Chancen, regionale Perspektiven für Nordrhein-Westfalen

– Gespräch mit Herrn Professor Dr. Ewald, Herrn Dr. Cremer, Herrn Dr. Pelzer und Herrn Professor Dr. Hiesinger

Vorsitzender Stefan Engsfeld: Ich heiße unsere Gäste für das Fachgespräch herzlich willkommen. Herr Professor Dr. Reinhold Ewald, Herr Dr. Harald Cremer, Herr Dr. Walther Pelzer und Herr Professor Dr. Harald Hiesinger, guten Morgen! Seien Sie uns herzlich willkommen! Wir freuen uns sehr, dass Sie uns für Fragen und Antworten zur Verfügung stehen.

Wir haben im Ausschuss vereinbart, dass wir Ihnen die Gelegenheit geben, ein fünfminütiges Statement abzugeben. Danach starten wir in eine Fragerunde und eine Debatte. The floor is yours.

Prof. Dr. Reinhold Ewald (Raumfahrtbotschafter des Landes Nordrhein-Westfalen [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank für die Gelegenheit, auf mein Lieblingsthema seit vielen Jahren einzugehen; ich werde vor allen Dingen auf die Raumfahrt eingehen.

Mein Name ist Reinhold Ewald. Ich habe einen Hintergrund als Physiker, als Radioastronom. Das zeugt schon davon, dass ich mich schon mit Höherem befasst habe. Ich wurde 1990 in das deutsche, das damalige deutsche Astronautenkorps berufen, als es darum ging, Missionen mit der Sowjetunion bzw. später mit Russland mit westlichen und deutschen Kosmonauten zu versehen. Ich bin 1997 für drei Wochen zur damaligen Raumstation Mir geflogen und habe dort mithilfe meiner russischen Kollegen hauptsächlich eine Reihe lebenswissenschaftlicher Experimente durchführen können. Dann bin ich wieder zur Erde zurückgekehrt.

Seitdem hat mich die Raumfahrt natürlich nicht losgelassen. 1999 bin ich zur Europäischen Weltraumorganisation, zur ESA, gewechselt. Das verbindet mich mit dem Standort des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Köln-Porz, von wo aus die europäischen Astronauten ihre Aufgaben in den verschiedenen Bereichen wahrnehmen. Dieses Astronautenzentrum wurde zu Beginn der 90er-Jahre nach Köln vergeben, und das nicht ohne Grund, denn in Köln war gerade auf dem Gelände des DLR schon eine Raumfahrtinfrastruktur vorhanden. Das Institut für Materialforschung im All, das Institut für Luft- und Raumfahrtmedizin und zahlreiche andere waren in Köln konzentriert und haben das Engagement Deutschlands in der Raumfahrt bzw. in der astronautischen Raumfahrt – so muss es gesagt werden – wesentlich geprägt.

Daher ist es nur logisch, dass dieser Standort jetzt mit neuer Dynamik versehen wird. Dort gibt es nun die Mondsimulationsanlage LUNA: Das sind 700 km Mondboden, und das in Nordrhein-Westfalen, der übrigens auch mit nordrhein-westfälischem Material gefüllt ist; dieses entspricht ungefähr dem Regolith auf dem Mond. Das ist steil gestartet, also gut gebucht für Kampagnen und Versuche für künftige Mondmissionen.

Damit hört die Dynamik aber nicht auf. Bedenken Sie, dass auf diesem Gelände auch das GOVSATCOM entstehen soll. Diese Einrichtung soll uns einen garantierten und

von anderen Anbietern unabhängigen Kommunikationszugang zum All bieten. All das haben die Landesregierung und ich – die Landesregierung hatte mich gebeten, daran mitzuwirken – der Öffentlichkeit am 30.04.2025 mit der Auftaktveranstaltung Space-Tech.NRW vorgestellt. Im Rahmen dieser Veranstaltung habe ich dem Wunsch der Landesregierung, der Raumfahrt ein Gesicht zu geben, gerne entsprochen. Die Position des Raumfahrtbotschafters wurde so definiert, dass versucht wird, die in Nordrhein-Westfalen vorhandenen Beiträge zur Hochtechnologie, zur Raumfahrt in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen und in das allgemeine Bewusstsein zu bringen.

Ich nenne nur ein paar Facts. Mich hat erstaunt, dass die Struktur der Aussichtsplattform Cupola an Bord der Internationalen Raumstation, die rundherum Fenster hat – praktisch jedes Bild von der Raumstation, das Sie heute auf Facebook, Instagram usw. sehen, ist von der Cupola aus gemacht worden – in Hattingen hergestellt wurde. Das heißt, dass tatsächlich Weltraumhardware aus Nordrhein-Westfalen eins zu eins oben ist. Es gibt auch Beiträge aus Meinerzhagen. Da fährt man im Winter vielleicht zum Skifahren hin, würde aber nicht vermuten, dass da auch Hightechmaterialien für Raketen gefertigt werden.

Das sind ein Stück weit Hidden Champions, und wir wollen sie zu Public Champions machen, weshalb es diese Initiative des Raumfahrtbotschafters gibt.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Herzlichen Dank für Ihren Input, Herr Professor Dr. Ewald. Sie sind Mönchengladbacher, wenn ich das richtig gesehen habe, oder? Sie sind also ein richtiges NRW-Kind.

Prof. Dr. Reinhold Ewald (Raumfahrtbotschafter des Landes Nordrhein-Westfalen [per Video zugeschaltet]): Das ist richtig. Ich bange um die Borussia.

(Heiterkeit – Zuruf von Romina Plonsker [CDU])

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich verstehe. Ich bange um die Fortuna, aber das diskutieren wir wann anders.

(Oliver Krauß [CDU]: Keine weiteren Fragen! – Guido Görtz [CDU]: Fragen schon!)

Dr. Harald Cremer (AeroSpace.NRW): Vielen Dank für die Einladung, heute zu den europäischen Chancen und den regionalen Perspektiven der Luft- und insbesondere der Raumfahrt in Nordrhein-Westfalen zu sprechen.

Ich vertrete das Landesnetzwerk AeroSpace.NRW, das im Auftrag des NRW-Wirtschaftsministeriums seit 2021 Wirtschaft und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen vernetzt.

Die Raumfahrt insgesamt – ich sage das, auch wenn es ein bisschen holzschnittartig ist – entwickelt sich gerade in kurzer Zeit von einem eher wissenschaftlichen Spezialgebiet zu einem wirklich strategischen Faktor für die Sicherheit, die Wirtschaft, aber auch die technologische Souveränität entwickelt. Das merken wir wirklich an allen Ecken.

Im Hinblick darauf, was gerade in Europa passiert, passt das auch relativ gut: Europa ringt um Autonomie; es geht um Trägersysteme, natürlich um die Satellitenkommunikation, aber auch um die kritischen Daten. Wenn man das Thema europäisch betrachten will, braucht es aber auch starke Regionen, die im Endeffekt die wirtschaftlich-wissenschaftliche Basis liefern, und dafür ist Nordrhein-Westfalen aus meiner Sicht weit mehr als ein Zulieferer.

Schauen wir ein bisschen, was gerade passiert; Herr Professor Ewald hat gerade schon ein paar Dinge genannt. Ich habe den Eindruck, dass wir uns hier in Nordrhein-Westfalen mit unseren Kompetenzen im Bereich der Wissenschaft und natürlich auch dem, was in der Wirtschaft passiert, gerade zu einer Art europäischem Raumfahrt Hub entwickeln.

Ich glaube, dass die Landesregierung das Thema „Raumfahrt“ als Schlüsseltechnologie – so nenne ich es jetzt mal – erkannt hat. Es gibt Initiativen wie AeroSpace.NRW und viele weitere Aktivitäten. Herr Professor Ewald hat schon das Veranstaltungsformat SpaceTech.NRW erwähnt. Ich glaube, dass das Thema strategisch verankert ist. Herr Ministerpräsident Wüst hat mal den Satz gesagt: „Der Weg ins All führt über Nordrhein-Westfalen.“ Den fand ich ziemlich gut. Das ist auch kein reiner Slogan, sondern beschreibt eigentlich die tatsächliche Strukturentwicklung, die es im Land im Moment gibt, weil es die strategische Absicht gibt, genau diese Fragestellungen in der Raumfahrt aus NRW heraus zu unterstützen.

Wir haben eine einzigartige Infrastruktur, auch mit europäischer Relevanz. Ein paar Dinge sind schon genannt worden. Professor Ewald hat die Mondsimulationsanlage LUNA und das GOVSATCOM, was ich auch sehr wichtig finde, genannt. Das Europäische Astronautenzentrum für die Ausbildung der Astronauten ist superwichtig, ebenso wie natürlich das DLR. Zum DLR kann Herr Dr. Pelzer vielleicht noch mehr sagen. Zahlreiche Institute forschen genau an diesem Thema und an Themen, die einen Impact auf den Bereich haben. NRW verbindet damit auf engem Raum Wissenschaft, Ausbildung, Infrastruktur und europäische Sicherheitspolitik.

Im Hinblick auf die Industrie ist Nordrhein-Westfalen ein industrielles Rückgrat der deutschen, der europäischen Raumfahrt. Es gibt viele Zulieferer, die schon seit Jahrzehnten Zulieferer sind, und das auch für die großen europäischen Systemhäuser. Manchmal ist das nicht so sichtbar, manchmal aber auch sichtbarer. Meinerzhagen ist eben schon genannt worden; ich glaube, dass Herr Professor Ewald OTTO FUCHS meinte, die die Schmiedeteile und Brennkammerstrukturen für die Rakete Ariane herstellen. CEROBEAR hat das Kugellager für den Marsrover Perseverance gemacht. In Aachen gibt es das KSA Kugelstahlzentrum Aachen, die auch Formteile und Strukturen für die Tanks der Ariane 6 fertigen. CGI Deutschland arbeitet in Nordrhein-Westfalen an Software, an der Missionskontrolle und an Satelliten-Bodensysteme. Diese Liste kann eigentlich weiter fortgesetzt werden – über alle Regionen, über alle Bereiche hinweg.

Ein weiteres Beispiel – um kurz zu erwähnen, was da gerade passiert –: Sie haben der Presse entnommen, dass Rheinmetall und ICEYE eine neue Produktionslinie für Satelliten, für sicherheitsrelevante Anwendungen errichten. Ich glaube, dass das einen wirklich großen Impact hat, auch für industrielle Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen, weil da aus meiner Sicht Technologiekompetenz und geopolitische Relevanz mit in NRW sehr gut abgebildet werden.

Ich komme zur Wissenschaft: Auch dort sind wir sehr gut aufgestellt. Mit der RWTH Aachen und der FH Aachen gibt es hier zwei zentrale Hochschulen, die das Aerospaceökosystem unterstützen. Es gibt den Master in Luft- und Raumfahrttechnik. Es gibt ganz viele Themen, die darauf einzahlen; ich könnte lange darüber reden. Die sehr aktive FH Aachen bringt natürlich ein bisschen mehr den praxisorientierten Bereich ein. Es gibt auch weitere Universitäten: die Ruhr-Universität Bochum, die Universität Münster – die ist hier heute vertreten –, die Technische Universität Dortmund, die Universität Duisburg-Essen. Ich habe jetzt nur einige genannt. Im Endeffekt zahlen die alle auf die Themen der Raumfahrt ein.

Es kommt zwar nicht direkt aus der Raumfahrt, aber ich erwähne ein weiteres Thema, dass ein Leuchtturmprojekt der Zukunft ist: das Einstein-Teleskop, welches NRW gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden realisieren möchte. Das ist auch ein Projekt mit starker wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Strahlkraft für ganz Europa. Das ist kein direktes Raumfahrtprojekt, aber ich glaube, dass es wissenschaftlich Hand in Hand mit solchen Weltraummissionen arbeitet. Mit den Gravitationswellen, die das Einstein-Teleskop misst und die von den schwarzen Löchern, Neutronensternen, Supernovae und aus der Frühzeit des Universums kommen, werden ähnliche Fragestellungen adressiert. Da kann eine schöne Brücke geschlagen werden.

Was passiert gerade? NRW ist bereits heute ein europäischer Knotenpunkt im Raumfahrtökosystem; ich glaube, dass das so gesagt werden kann. Die entscheidende Phase beginnt aber gerade jetzt; jetzt werden die Weichen für die zukünftige Raumfahrt und die Rolle Nordrhein-Westfalens dabei gestellt. Es ist gerade die Zeit, um sehr wichtige, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Deswegen freue ich mich sehr, dass wir heute über diese Themen diskutieren können.

Last but not least noch ein paar Worte zur Luftfahrt. Ich habe mich stark auf die Raumfahrt fokussiert. Die Luftfahrt ist einerseits aktuell in einer der spannendsten Phasen. Das ist ähnlich wie die Raumfahrt aktuell weltweit ein absoluter Wachstumsmarkt. Die Anzahl der Flugzeuge, die Anzahl der Passagiere steigt weiter.

Andererseits gibt es große Herausforderungen. Die Auftragsbücher der Hersteller sind prall gefüllt. Alle Hersteller sind schon für viele Jahre ausgebucht. Gleichzeitig muss die Transformation hin zur Klimaneutralität gelingen. Es gibt also eine Art Spannungsfeld. Wir sehen aber auch, dass sich Zeitpläne für die Einführung neuer, nachhaltiger Technologien, etwa dem Einsatz von Wasserstoff in der Luftfahrt, bei den großen OEMs verschieben, was von allen Beteiligten, also auch von den Zulieferern in Nordrhein-Westfalen, eine entsprechende Flexibilität, Weitsicht, aber auch Innovationskraft erfordert.

Ein weiteres wachsendes Themenfeld in der Luftfahrt ist der Bereich der unbemannten Systeme, also der Drohnentechnologie, und das sowohl für zivile Anwendungen wie die Logistik und die Sensorik als auch im militärischen Bereich. Sie kennen die Themen. So wie wir das wahrnehmen, sind das Entwicklungen, die als Innovationstreiber für die gesamte Branche wirken.

Die Dynamik im Bereich der Luftfahrt trifft uns in Nordrhein-Westfalen besonders, weil NRW traditionell ein Zuliefererland ist. Man kann, glaube ich, sagen, dass kein Flugzeug ohne ein Teil aus NRW fliegt. Im Hinblick auf die Verteilung der wissenschaftlichen und

insbesondere der wirtschaftlichen Kompetenzen ist die Luftfahrtindustrie breit über das ganze Land verteilt – von Aachen bis Ostwestfalen, vom Ruhrgebiet bis ins Bergische Land. Das ist also nicht nur ein regionales Konglomerat, sondern verteilt sich im ganzen Land und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für NRW.

In der Luftfahrt müssen wir ähnlich wie in der Raumfahrt nun die richtigen Weichen stellen. Ich freue mich auf die Diskussion und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank. Herr Dr. Cremer, ich kann Ihnen versichern, dass wir in jeder Sitzung über das Einstein-Teleskop diskutieren.

(Heiterkeit)

Dr. Harald Cremer (AeroSpace.NRW): Ich dachte, ich bringe es mit ein. Ich hoffe, das war okay.

(Zuruf von Josef Neumann [SPD])

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Alles gut.

Dr. Walther Pelzer (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Die Deutsche Raumfahrtagentur): Vielen Dank für das Interesse des Hauses der Abgeordneten. Sehr geehrte Abgeordnete, ich danke Ihnen dafür, dass Sie sich dem Thema „Raumfahrt“ widmen. Über dieses werde ich heute aus Sicht der Deutschen Raumfahrtagentur, die übrigens in Nordrhein-Westfalen, in Bonn ist, berichten.

Ich bin auch aus Nordrhein-Westfalen und nicht aus Bayern, wie viele Leute bei der aktuellen Regierung glauben wollen. Gucken wir mal, ob das so bleibt.

Es ist sehr schön, dass die Raumfahrt so stark in das öffentliche Interesse geraten ist, denn sie ist schon lange kein wissenschaftlicher Bereich mehr. Das Wachstum der Raumfahrt outperforms das Wachstum der Weltwirtschaft signifikant, das Wachstum der Weltwirtschaft outperforms das Wirtschaftswachstum Europas, und das Wirtschaftswachstum Europas outperforms das Deutschlands. Insofern wäre eine Industrienation wie Deutschland vor dem Hintergrund der Relevanz, die die Raumfahrt als Hebefunktion für andere Industrien hat, sehr schlecht aufgestellt, wenn es diese nicht aufgreifen und in die Raumfahrt investieren würde.

In der Veranstaltung in Köln-Porz am 30. April 2025– Reinhold Ewald hat eben schon davon erzählt –, als Ministerpräsident Wüst und Ministerin Neubaur, mit der ich heute Morgen zum Thema „Raumfahrt“ übrigens telefoniert habe, die Initiative ergriffen und das Thema in Nordrhein-Westfalen auf ein höheres Level gehoben haben, habe ich gesagt, dass Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Raumfahrt ein schlafender Riese sei. Heute sage ich: Nordrhein-Westfalen war ein schlafender Riese, der aufgewacht ist und sich in Bewegung gesetzt hat.

Wir haben einige Beispiele gehört. Ein signifikantes ist zum Beispiel das GOVSAT-COM Hub, das in Köln aufgebaut wird. Es gibt aber auch andere Assets, die Sie hier in der Region haben. In Uedem ist das Weltraumlagezentrum der Bundeswehr und der Raumfahrtagentur. Dort wird unter einem Dach die Weltraumlage kontrolliert, dort wird kontrolliert, dass unsere Assets im Orbit sicher sind, und dort wird der europäische Katalog hinsichtlich des Space Debris aufgenommen.

Das hört sich jetzt einfach an, aber viele haben vielleicht mitbekommen, dass die Chinesen gerade das Problem hatten, dass sie drei Astronauten bzw. Taikonauten, wie sie es nennen, nicht runterbringen konnten. Inzwischen sind sie auf dem Rückweg, allerdings mit einer anderen Kapsel. Der Hintergrund ist, dass die Kapsel, mit der sie eigentlich starten sollten, Weltraumschrott abbekommen hat und sie deswegen nicht runterfahren konnten. Das ist also ein sehr aktuelles Thema.

Der europäische Katalog wird hier in Nordrhein-Westfalen erstellt, und von dort aus werden Warnungen ausgegeben. Von dort war auch die Warnung aus dem letzten Jahr hinsichtlich der Batterie, die von der ISS unterwegs war und mehrfach über Deutschland hinweg geflogen ist.

Das war nur ein Beispiel dazu, welche Fähigkeiten in Nordrhein-Westfalen sind. Wir haben von einigen anderen Playern gehört, darunter waren globale wie CGI, aber wie gesagt auch lokale.

Wichtig ist wirklich, dass es kein wissenschaftliches Thema mehr ist. Der Low Earth Orbit – das ist der Bereich, in dem die ISS fliegt, in dem die Erdbeobachtungssatelliten fliegen – war ein wissenschaftlicher Bereich. Die Amerikaner trennen sich von der ISS, weil dieser Bereich kommerzialisiert ist. Das heißt, dass dieser Bereich durch die institutionellen Investitionen, durch die staatlichen Investitionen so weit vorbereitet ist, dass jetzt die Privaten investieren können.

Der nächste Markt ist der lunare, also die Mondlandschaft. Deswegen gehen wir gemeinsam mit den Amerikanern über Artemis zum Mond. Die Kommerzialisierung des Erdorbits findet hier inzwischen statt, und Nordrhein-Westfalen ist zum Glück dabei.

Rheinmetall hat angekündigt, im Hafenbecken 1 gemeinsam mit einem finnischen Unternehmen eine Satellitenproduktion zu betreiben – Sie können das von hier aus fast sehen –, um eine Konstellation zur Erdbeobachtung aufzubauen.

Mit CGI und Uedem wird auch daran gearbeitet, ein weiteres Kontrollzentrum nach Deutschland zu bringen. Bekannt ist ja das große Nationale Raumfahrtkontrollzentrum des DLR in Oberpfaffenhofen. In Köln gibt es eins zur direkten Kommunikation mit der ISS. In Bonn wurde ein Operationszentrum aufgebaut. Dabei ging es um den Heinrich-Hertz-Satelliten, einen Gemeinschaftssatelliten des Wirtschaftsministeriums und des Verteidigungsministeriums, der von dort aus betreut werden sollte. Das ist übergegangen nach Oberpfaffenhofen. Zukünftig wird jetzt vermutlich das Training für die Leute in Uedem in diesem Zentrum angesetzt werden.

Übrigens – Reinhold Ewald hat ja von Hidden Champions und von der ISS gesprochen – kommt nicht nur die Cupola aus Nordrhein-Westfalen: Das größte Instrument auf der ISS – bei dem geht es um die Detektion von dunkler Materie – ist ein Joint

Venture zwischen dem MIT und der RWTH Aachen, und falls die tatsächlich dunkle Materie finden, geht der Nobelpreisteil da hin, aber noch sind sie nicht so weit. Also kommen nicht nur die kleinen Teile von hier, sondern auch das größte Teil auf der ISS kommt von einem Joint Venture bzw. einem Gemeinschaftsprojekt von der RWTH Aachen und dem MIT in Boston.

Dieser Ausschuss heißt „Ausschuss für Europa und Internationales“. Warum ist das für den Ausschuss interessant?

Zum einen kenne ich keinen Bereich, der so international aufgestellt ist wie die Raumfahrt. Die Raumfahrt ist teuer und den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern schwierig zu vermitteln. Es ist immer sehr gut, Geld in Schulen, in Kindergärten etc. zu investieren. Viel Geld in die Raumfahrt zu stecken, ist erst mal schwierig, weil es dann heißt: Löst doch erst mal die Probleme hier auf der Erde, bevor ihr Geld in die Raumfahrt steckt. – Dafür ist viel Erklärung notwendig, das ist aber auch der Grund, weswegen große Projekte gemeinschaftlich gemacht werden. Das ist der Grund, aus dem die ESA gebildet wurde. Die Europäische Raumfahrtagentur ist übrigens keine Organisation der EU, sondern das ist eine Intergovernmental Organization. Die EU-Raumfahrtzentrale sitzt in Prag.

Zum zweiten bietet die Raumfahrt im Rahmen der Space Diplomacy eine andere Chance. Es gibt das Raumfahrtaufgabenübertragungsgesetz, das die Thematik oder die Verantwortung für die Raumfahrt von der Bundesregierung über das DLR auf die Raumfahrtagentur überträgt, sodass wir hoheitlich tätig sind. Wir können im Rahmen der Space Diplomacy Diskussionen und Märkte auf einen Bereich vorbereiten, der – ich sage es mal so – nicht umkämpft ist.

Egal mit wem wir über Deep-Space-Missionen sprechen, es geht immer um neue Erkenntnisse für die Menschheit. Das sind Dinge, die wir für die Menschheit tun. Darüber können wir mit Nationen, mit denen wir sonst Schwierigkeiten haben, Gesprächskanäle aufnehmen.

Auf der anderen Seite ist es eine klare Aufgabe von uns, Märkte vorzubereiten. Wir haben Indien und Afrika liegen lassen; da sind andere vor uns. Selbst in Südostasien sind wir nicht so stark aufgestellt wie bisher. Das sind Bereiche, in denen wir agieren, in denen wir aber leider kein Frontrunner sind. Aber auch dahin gehend sind wir glücklicherweise aufgewacht. Es muss auch eindeutig gesagt werden, dass wir vor dem Hintergrund, wie wir international agieren, sehr willkommen sind. Das sind die nächsten Bereiche, die nächsten Märkte, die wir entwickeln wollen, um unsere Industrie, gerade die mittelständische Industrie, dort zu stärken.

Ich bin sehr froh, dass sich dieser Ausschuss mit der Raumfahrt beschäftigt, denn sie ist ein Kernwerkzeug für internationale Zusammenarbeit. Nur als Beispiel: Letzte Woche habe ich mich über diese Thematik noch mit dem Koordinator der Bundesregierung für die Nordatlantikbrücke unterhalten, denn mit dem Thema können wir Erfolgsgeschichten vermitteln, um auch diese Achse wieder zu starten.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Dr. Pelzer. Wir haben eine Gemeinsamkeit: Ich habe heute Morgen auch schon mit Ministerin Neubaur telefoniert, es ging aber nicht um Raumfahrt. Das haben wir also gemein.

Prof. Dr. Harald Hiesinger (Universität Münster, wissenschaftlicher Berater der Europäischen Weltraumorganisation): Vielen Dank für die Einladung, dafür, heute hier sein zu dürfen. Vieles von dem, was ich mir in Vorbereitung dieser Ausschusssitzung überlegt habe, ist von meinen drei Vorrednern bereits erwähnt worden. Darum kann ich mich relativ kurzfassen.

Mir ist es sehr wichtig, noch einmal herauszustellen, wie einzigartig NRW tatsächlich ist. Am Standort Köln gibt es eine einzigartige Kombination zwischen dem DLR und der ESA. Es gibt hier ein Astronautenzentrum. Es gibt hier exzellente Universitäten. An was es bis jetzt immer etwas gemangelt hat, war die Koordination der einzelnen Aktivitäten. Wir müssen es schaffen, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, und dabei kommt natürlich Herr Ewald als Koordinator zum Tragen. Ich bin sehr froh, dass dieses Amt geschaffen worden ist. Er kann uns vielleicht dabei unterstützen, unsere Aktivitäten zu koordinieren und zu bündeln, damit es in die richtige Richtung geht.

Das zweite, das mir wichtig ist, ist, dass wir jetzt – jetzt! – an einem Punkt sind, an dem wir Entscheidungen treffen müssen. Der Zug der internationalen Gemeinde hat sehr schnell Fahrt aufgenommen – Herr Pelzer hat es gerade gesagt –, und wir als Industrienation können es uns nicht erlauben, am Bahnsteig stehen zu bleiben, während der internationale Zug abfährt. Das wäre für uns ein Todesurteil, um es ganz klar zu sagen. Wir müssen auf diesem Zug mitfahren, und dafür müssen wichtige und mutige politische Entscheidungen getroffen werden – das ist klar.

Wir haben das Problem, dass wir zwar viele Stärken haben, diese nichtsdestotrotz aber weiter gefördert werden müssen. Es ist unwahrscheinlich schwierig, als Wissenschaftler Spitzenpositionen zu verteidigen, wenn das entsprechende Umfeld nicht gegeben ist. Wir an den Universitäten – die vertrete ich hier – haben das Problem, dass wir relativ klein sind und eine relativ schlechte Personaldecke haben. Nichtsdestotrotz sind wir extrem erfolgreich. Einige Universitäten in Nordrhein-Westfalen sind in den Dingen, die sie machen, weltweit führend. Diese Stärken sollten aber auch weiter gefördert werden.

Stärken können immer auf zwei Arten und Weisen gefördert werden: entweder mit dem Gießkannen-Prinzip – jeder kriegt irgendetwas ab – oder durch das sehr punktgenaue Einsetzen von Geld. Ich bin eher dafür, Geld punktgenau einzusetzen und die vorhandenen Stärken auszubauen. Wir sind extrem gut vernetzt, und diese internationale Vernetzung kann mit wenig Geld weitergetrieben und ausgebaut werden, was die Sichtbarkeit von NRW sehr deutlich erhöhen würde.

Meinen letzten Punkt habe ich für mich mit „Zukunft sichern“ überschrieben. Das geht in die gleiche Richtung wie das, was ich vorhin schon gesagt habe. Wir müssen jetzt entscheiden, und wir dürfen Möglichkeiten nicht vertun. Es gibt genügend Beispiele, wie Deutschland den Zug verschlafen hat – sei es bei der E-Mobilität, sei es bei den

Solarpaneln, die mittlerweile alle in China produziert werden. Solche Dinge dürfen uns nicht noch mal passieren. Wir müssen da viel cleverer sein, und das ist mein Anliegen.

(Beifall von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Ich denke auch – Herr Pelzer hat es angesprochen –, dass die Raumfahrt ein Wachstumsmarkt ist, und zwar auf vielen Gebieten – sei es in der Medizinforschung, sei es in der Physik, sei es in der Pharmazie, sei es in den Materialwissenschaften. Sichere Kommunikation, sichere Navigation: All das muss letztendlich sichergestellt werden, und dafür ist es wirklich gut, wenn sich Gedanken gemacht werden, wie solche Sachen finanziell besser gefördert werden.

Keiner meiner Vorredner hat die nächste Generation angesprochen. Ich bin Teil sehr vieler Kinderunis; ich unterrichte Studenten. Kinderunis sind für Kinder zwischen acht und zwölf Jahren, und ich kann Ihnen versichern, dass bei den Kinderunis die Augen der Kinder groß sind. Es gibt nichts Faszinierenderes als die Raumfahrt. Es gibt nichts Faszinierenderes, wenn ich mit einem Meteoriten, der vom Mond kommt, in diese Kinderunis gehe, die Kinder den anfassen und abends ihren Eltern erzählen können, dass sie ein Stück vom Mond in der Hand gehabt haben. Wenn ich einen 3D-Druck von einem Instrument mitbringe, dass die Kinder anfassen und dabei etwas über den Merkur, über den Mond oder so lernen können, begeistert das, fördert das die MINT-Wissenschaften. Das ist auch ein wichtiger Aspekt, der im Hinterkopf sein sollte, wenn es um die Raumfahrtförderung geht.

Lange Rede, kurzer Sinn: Mein wesentlicher Punkt ist, dass Deutschland nicht den Anschluss verlieren darf, und dazu bedarf es politischer Entscheidungen. Ich bin sehr froh, dass ich heute hier sein darf, um vielleicht an einer gemeinsamen Strategie mitzuarbeiten, wie die Raumfahrt in Nordrhein-Westfalen verbessert werden kann.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Herzlichen Dank, Herr Professor Dr. Hiesinger. Ich bin ich mal gespannt, ob das Stück Mond bei meinem Sohn die Favoritenrolle des Tatütata-Wagens ablöst.

Es gibt vonseiten der Ausschussmitglieder schon einige Wortmeldungen, und ich nehme weitere entgegen. Ich verzichte aus Zeitgründen auf Fragen von mir als Vorsitzenden, obwohl es mich in den Fingern juckt, Bezug nehmend auf eine heutige Schlagzeile des Bayerischen Rundfunks eine Frage zu stellen. Diese lautet: „Söder oder Wüst: Wer ist der bessere Space-Cowboy?“ Es wäre interessant, das zu ventilieren, aber das machen wir nicht.

Romina Plonsker (CDU): Sehr geehrte Herren, herzlichen Dank für die Einblicke. Ich würde Sie, Herr Professor Dr. Hiesinger, ein Stück weit korrigieren: Es leuchten, glaube ich, nicht nur die Kinderaugen, sondern uns fasziniert das auch. Deshalb bin ich sehr glücklich, dass wir das hier als Ausschuss ermöglicht haben, dass die Initiative von CDU und Grünen, Sie heute Morgen zum Expertengespräch einzuladen, aufgegriffen worden ist. Wir wollen den – Herr Ewald hat es gesagt – Hidden Champion ins Licht, in den Fokus rücken, mit einem Spot anstrahlen, damit Nordrhein-Westfalen ein

Stück weit zum Taktgeber werden kann, um diese Frage für Nordrhein-Westfalen positiv zu beantworten.

Wir sind hier im Ausschuss für Europa und Internationales, deshalb lege ich darauf erst mal den Fokus. Mich interessiert insbesondere die europäische Zusammenarbeit. Ich richte meine Fragen an alle vier.

Wie positioniert sich Europa, auch im Vergleich zu den großen anderen Wettbewerbern, den USA, China oder privaten Akteuren wie SpaceX? Vor allen Dingen: Welchen Impuls kann aus Nordrhein-Westfalen heraus für diese internationale Zusammenarbeit gegeben werden?

Daran schließen weitere Fragen an: Welche Bedeutung hat die Europäische Weltraumorganisation für die strategische Autonomie Europas in der Raumfahrt? Welche Rolle kann sie spielen, um die von Ihnen angesprochene Souveränität zu gewährleisten?

Ich belasse es erst mal bei den Fragen; vielleicht kommen wir noch zu einer zweiten Fragerunde.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich schlage vor, dass wir die Fragen sammeln, wenn das in Ordnung ist. Wir lassen jetzt alle fünf Fraktionen zu Wort kommen, und dann gibt es die große Antwortrunde.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Ich freue mich sehr, dass Sie heute im Ausschuss sind, und darüber, Ihren Inputs zuzuhören. Natürlich freue ich mich besonders, dass es uns Ende April dieses Jahres gelungen ist, in Köln – als Kölnerin freue ich mich darüber besonders; ich bin sehr stolz – mit der ersten Raumfahrtkonferenz die Raumfahrt viel stärker ins öffentliche Interesse zu bringen und vor allen Dingen deutlich zu machen, welche herausragende Rolle Nordrhein-Westfalen, mit Köln natürlich, dabei spielt. Das ist klar. Einige Inputs wurden dort schon gegeben, und wir erleben mit der neuen Position von Herrn Ewald, dass wir das fortsetzen, dass wir das ernst nehmen.

Mich interessiert vor allen Dingen: Welche drängenden politischen Initiativen braucht es aus Nordrhein-Westfalen heraus in nächster Zeit? Was ist notwendig, um NRW als nachhaltigen Luft- und Raumfahrtstandort zu stärken?

Als zweiten Punkt, den Sie aber gerne auch in Verbindung damit betrachten können: Was sind die Schwierigkeiten? Herr Dr. Cremer, Sie haben das leicht angesprochen. Vielleicht können Sie aber noch mal ausführen, was gerade auf dem Weg hin zur Klimaneutralität und der Transformation, die auf der europäischen Ebene gestaltet wird, aktuell die Schwierigkeiten sind. Welchen Einfluss kann Nordrhein-Westfalen sehr wohl über Initiativen im Bund übernehmen?

Inge Blask (SPD): Meine sehr geehrten Herren, auch von der SPD-Fraktion herzlichen Dank für Ihr heutiges Erscheinen. Wir weisen auf die ESA-Ministerratskonferenz in Bremen hin und fragen: Was ergibt sich aus dieser ESA-Ministerratskonferenz heraus für die Raumfahrtagenda?

Meine Vorrednerinnen haben schon die Frage angesprochen, wie das europäisch gesehen wird: Gibt es aus anderen Ländern und Regionen Best-Practice-Beispiele, die Sie nennen können?

Ich greife die Frage auf, die Herr Engstfeld nicht gestellt hat: Wo unterscheiden wir uns bei diesem Thema von Bayern? Womöglich ist es ja auch sinnvoll, dass sich die Länder spezialisieren, und zu schauen, wo der Schwerpunkt in Bayern liegt, wo er in Nordrhein-Westfalen liegt und wie wir unsere Stärken weiter stärken können, um das Tor zum Weltall zu sein. Das zu sein, schaffen wir, denke ich.

Wie können eigentlich die Forschungsergebnisse – ich spreche die Wissenschaft an – gezielt in die Landes- und Industriepolitik von Nordrhein-Westfalen und in konkrete Vorschläge für die Energiewende integriert werden? Gibt es dazu Vorschläge?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ein Unterschied zu Bayern ist sicherlich – wir haben es gerade gehört –, dass wir in Köln die Raumfahrtkonferenz SpaceTech.NRW durchgeführt haben. Herr Söder hat einen bayerischen Mondgipfel in Oberpfaffenhofen durchgeführt. Da sind Unterschiede erkennbar.

(Heiterkeit und Zuruf von Inge Blask [SPD])

Als Nächstes hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Dr. Pfeil das Wort. Achtung: Er ist Aachener.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Herr Vorsitzender, ich glaube, es sollte keine Warnung kommen, wenn ich mich melde, sondern ...

(Inge Blask [SPD]: Ah! – Zuruf von Romina Plonsker [CDU])

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Die einen sagen so, die anderen so.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Danke, Herr Vorsitzender.

Ich bedanke mich für Ihren Vortrag. Es ist richtig: Ich komme aus Aachen. Das Thema „Einstein-Teleskop“

(Heiterkeit von StS Christian Wiermer [MBEIM] – Zurufe von Romina Plonsker [CDU] und Inge Blask [SPD]: Ah!)

hat in der letzten Legislaturperiode Fahrt aufgenommen, und das nicht nur dadurch, dass das in der Region heftig beworben wurde, sondern letztendlich auch dadurch, dass das über die regionalen Abgeordneten im Landtag eingebracht wurde. Wir hatten dazu in der letzten und in dieser Legislaturperiode Plenaranträge, und es gab auch eine Anhörung. Ich erzähle das, weil Sie hier sitzen, um bei den Abgeordneten, die sich normalerweise nicht mit den Themen, über die Sie gerade berichtet haben, befassen, Bewusstsein zu schaffen.

Deswegen haben bis jetzt auch drei Abgeordnete gefragt, welche politischen Entscheidungen in nächster Zeit von Nordrhein-Westfalen gefällt werden müssen, die Ihnen helfen würden. Deswegen habe ich diese Vorrede gehalten.

Es ist sehr wichtig, auch wenn wir einen geringen Haushalt haben – Sie wissen, dass der Haushalt unseres Ausschusses, glaube ich, so gering wie kein anderer ist –, für politische Entscheidungen Bewusstsein zu schaffen und im Konzert der Großen Mehrheiten zu gewinnen. Wir sind ein Bundesland von mehreren Bundesländern, und wir merken auch beim Einstein-Teleskop, dass die Entscheidungen in Berlin fallen.

Trotzdem sind wir zu allem bereit, was NRW nach vorne bringt. Aus dem Grunde frage auch ich: Welche Entscheidungen sind jetzt notwendig, damit wir in bestimmten Bereichen weiterkommen, vielleicht unabhängig von Berlin, von Brüssel, von der ESA oder von sonstigen Entscheidungsträgern?

Andreas Keith (AfD): Auch von unserer Seite vielen Dank dafür, dass Sie heute für dieses Gespräch und unsere Fragen zur Verfügung stehen. Ich muss zugeben, dass ich bezüglich Astronauten, dem Weltraum und Sonstigem Laie bin. Sehen Sie mir deswegen bitte nach, dass meine Fragen eher allgemein gehalten und nicht spezifisch sind. Vor allen Dingen, wenn mal Spezialisten da sind, und dann auch noch so anerkannte, ist man natürlich neugierig und will seinen Horizont in dem Punkt etwas erweitern. Ich habe zwei Fragen.

In einer – das ist von Herrn Dr. Pelzer angesprochen worden – geht es um den, allgemein gesagt, Weltraumschrott. Es befinden sich ungefähr – ich weiß es nicht genau – 100 Millionen, 120 Millionen Objekte im Weltraum, die unter Umständen zu Kollisionen führen können. Indien ist momentan gerade dabei, massiv die Weltraumtechnik aufzurüsten, und Indien ist ja nicht unbedingt als Land bekannt, das die Umwelt auf der Erde besonders schützt. Es kann also davon ausgegangen werden, dass relativ günstig versucht werden wird – Sie haben ja selbst angesprochen, dass das relativ teuer ist –, entsprechende Satelliten, Raketen oder was auch immer ins Weltall zu bringen, man in Indien nachfolgend aber nicht die Idee haben wird, die wieder zu entsorgen, also in andere Atmosphären abzusenken.

Mich interessiert: Wie viel verträgt der Weltraum denn überhaupt noch, wenn keine geeigneten Konzepte entwickelt werden, um die Materialien, die in den Weltraum verbracht werden, zu entsorgen?

Die zweite Frage ist zur Sicherheit. Das ist eben schon angekommen. Wir sind bei der Satellitentechnik unfassbar von privaten Unternehmen, von Elon Musk abhängig. Das betrifft auch die Steuerung entsprechender Abwehrmechanismen; man sieht ja, dass von dieser Technik abhängig ist, wie die Ukraine ihre Drohnen steuern kann usw. usf. Wie weit ist denn die Technik in Deutschland? Wann kann denn davon ausgegangen werden, dass uns in der Fläche und in der Breite diese Möglichkeiten zur Verfügung stehen?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich gebe unseren Gästen jetzt die Möglichkeit, zu reagieren und zu antworten.

Prof. Dr. Harald Hiesinger (Universität Münster, wissenschaftlicher Berater der Europäischen Weltraumorganisation): Frau Plonsker, zur europäischen Zusammen-

arbeit. Die neue Raumfahrtstrategie ist in den letzten eineinhalb, zwei Jahren in einem geopolitisch sehr schwierigen Umfeld entwickelt worden. Bei der Entwicklung dieser Raumfahrtstrategie ist uns immer mehr deutlich geworden – ich habe sie als Vorsitzender von einem Beratungskomitee, das den Explorationsdirektor direkt unterstützt hat, begleiten dürfen; ich habe ein bisschen Einblick –, ist uns zunehmend klar geworden, dass wir letztendlich von der NASA unabhängiger werden müssen.

Die NASA war für lange Zeit ein sehr verlässlicher Partner und ist es auch noch – um es klar zu sagen –, aber nichtsdestotrotz ist es in dem politischen Umfeld, das in den USA momentan herrscht, auch für die NASA sehr schwierig, abgeschlossene Verträge zu erfüllen, wenn das entsprechende Budget nicht im Vorschlag des Präsidenten enthalten ist. Darum ist es für uns in Europa sehr wichtig, dass wir autonomer werden, dass wir unabhängiger werden, dass unser Raumfahrtprogramm insgesamt resilienter wird und für politische Unwägbarkeiten nicht mehr so anfällig ist. Das sind die wesentlichen Lehren, die ich aus den vergangenen Jahren gezogen habe.

Die ESA ist meiner Meinung nach ein extrem gutes Konstrukt. Natürlich ist es schwierig, mit 23 Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, vor allem wenn die Finanzierungsbeiträge der einzelnen Länder wirklich sehr unterschiedlich sind. Ich glaube, dass Deutschland knapp 1 Milliarde Euro und Litauen weit weniger als 1 Million Euro einzahlt. Dementsprechend sind die Interessen der Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich. Trotz dieser ganzen Schwierigkeiten gelingt es der ESA regelmäßig, erstklassige Missionen zum Fliegen und 23 Staaten an einen Tisch zu bringen.

Ich war erst letzte Woche im ESA Headquarters in Paris: Dort sitzen Vertreter von 23 Staaten um einen großen Tisch herum und unterhalten sich darüber, wie man zum Mond fliegt. Ich meine: Besser geht es eigentlich nicht. Denken Sie in unserer Geschichte 80 Jahre zurück: Damals hat man sich nicht an einem Tisch getroffen, und wenn man sich doch getroffen hat, hat man sich darüber unterhalten, wie man den anderen um die Ecke bringen kann. Dieser Aspekt von der ESA als ein in Europa friedenschaffendes Konstrukt ist nicht zu vergessen. Ich schätze das sehr.

Wir haben alles, was wir brauchen, um autonom zu sein, oder wir haben fast alles. Ein paar Technologien können wir tatsächlich nicht selbst, aber wir können sehr viel selbst. Es ist durchaus überlegenswert, ob man vielleicht lieber kleinere Brötchen backt, dann aber in Europa bzw. in Deutschland oder in NRW, oder ob man sich auf Partner verlässt. Ich sage noch klar: Ich plädiere nicht dafür, dass wir hier einen alleinigen Weg gehen. Partnerschaft ist auch bei der ESA nach wie vor sehr wichtig. Es wird auch nach neuen Partnern Ausschau gehalten, und – Herr Pelzer hat es erwähnt – es sind zum Beispiel Indien und Japan, mit denen die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren, denke ich, sehr gut funktioniert hat, ähnlich wie mit der NASA, und ausgebaut werden kann.

Frau Aymaz, Sie haben gefragt, welche politischen Initiativen notwendig sind. Ich weiß, dass Sie es wahrscheinlich nicht gern hören werden, aber ich komme nun mal von der Universität: Sie wissen alle, wie die Landeszuweisung an die Universitäten in Zukunft, ab nächstem Jahr ausfallen wird, und das hat natürlich auch Einfluss auf die Möglichkeiten der Universitäten, Instrumente zu bauen, zu entwickeln und sich an entsprechenden wissenschaftlichen Programmen zu beteiligen. Mir ist schon klar, dass das

Land bestimmten finanziellen Limitationen unterliegt, aber eine negative Konsequenz, die sich daraus ergeben wird, wird sein, dass wir an den Universitäten letztendlich in unseren Möglichkeiten eingeschränkt werden können, weil wir sie schlichtweg nicht finanziert kriegen.

Zur ESA-Ministerratskonferenz, zu NRW. Ich kann nur hoffen, dass die Bundesregierung und die Raumfahrtagentur da zu einem guten Ergebnis kommen. Es ist meiner Meinung nach unwahrscheinlich wichtig, dass sich Deutschland im Rahmen dieser Raumfahrtstrategie der ESA engagiert, auch mit einem dementsprechenden finanziellen Beitrag. Nur so kommen wir weiter. Es ist sehr schwierig gewesen, diese Strategie zu entwickeln. Wir haben dieses Ding x-mal umgeschrieben, neu beraten, noch mal neu beraten und noch mal neu beraten. Ich denke, dass das, was jetzt in Bremen auf dem Tisch liegt – Herr Pelzer, Sie können mich gerne korrigieren –,

(Dr. Walther Pelzer [Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Die Deutsche Raumfahrtagentur]: Werde ich! – Heiterkeit von Romina Plonsker [CDU])

ist zumindest für uns Wissenschaftler und vermutlich auch für die Industrie ein sehr guter Kompromiss. Wenn der so umgesetzt wird, können wir, glaube ich, zufrieden sein.

Herr Pfeil, ich habe Ihre Fragen zu politischen Entscheidungen hoffentlich schon mitbeantwortet. Wenn nicht, kann ich gerne noch nachlegen.

Herr Keith, Weltraumschrott ist ein großes Problem. Es kommt immer darauf an, wo man sich gerade befindet: Im erdnahen Orbit ist das Problem natürlich viel größer als bei Mond- oder Marsmissionen. De facto ist es aber tatsächlich so, dass die Raumfahrtakteure, die Raumstationen und andere Satelliten durchaus mal ihren Orbit ändern müssen, um Projektilen aus dem Weg zu gehen.

Ich scheue mich ein bisschen davor, den Schwarzen Peter nach Indien zu schieben bzw. ausschließlich nach Indien zu schieben. Ich denke, dass Sie das auch nur als Beispiel gemeint haben.

(Andreas Keith [AfD]: Ja, klar!)

Es gibt mit den Dingen, die zum Beispiel Elon Musk mit seinen Starlink-Satelliten macht, glaube ich, durchaus größere Probleme. Da wird immer ein Vielfaches an Weltraumschrott produziert. Da muss man also sehr genau hinschauen. Das ist ein Problem. Es ist durchaus auch eine wissenschaftliche, technologische Frage, wie diese einzelnen Komponenten detektiert werden und wie sie letztendlich unschädlich gemacht werden. Das ist ongoing research.

Zu den Abhängigkeiten habe ich schon Stellung bezogen. Wir müssen generell unabhängiger werden.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Professor Hiesinger. – Ich sage es direkt: Wir werden aus Zeitgründen keine zweite Fragerunde mehr durchführen können, weil die Zeit des Ministers und des Staatssekretärs limitiert ist und wir noch den Haushalt beraten müssen. Packen Sie insofern alles in diese Runde, denn es wird die letzte sein.

Dr. Walther Pelzer (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Die Deutsche Raumfahrtagentur): Bitte entschuldigen Sie dann die etwas stakkatoartige Antwort auf Ihre Fragen. Ich werde auch nicht alle Fragen beantworten und fange hinten an.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Keine Hektik.

Dr. Walther Pelzer (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Die Deutsche Raumfahrtagentur): Die Problematik ist nicht der einzelne Weltraumschrott. Indien ist übrigens ein sehr gutes Beispiel, weil Indien als Letztes, 2017, einen ASAT-Test durchgeführt – das heißt: sie haben mit einer Rakete einen Satelliten abgeschossen – und damit Weltraumschrott verursacht hat. Das ist – Entschuldigung für das Wort – ein Dreck, was Indien da gemacht hat. China und die USA haben das vorher auch gemacht. Deswegen hatte die Bundesregierung 2017 aber die Kooperation im Bereich der Raumfahrt mit Indien beendet. Wir haben sie mit meiner Reise im Jahr 2024 dann wieder aufgenommen. Indien ist also ein gutes Beispiel.

Die Frage betrifft aber ja nicht Elon Musk. Der hat übrigens ein De-Orbiting-System in seinen Satelliten, sodass die wieder runter kommen. Außerdem sind die so nah, dass sie aufgrund von Bewegungen in der Atmosphäre auch wieder abbremsen und abstürzen. Die Frage ist das sogenannte Space Traffic Management. Das muss über die Vereinten Nationen geklärt werden, und da gibt es momentan zwei Blöcke: Ost und West; Russland, China, die BRICS-Staaten – das könnte man auch sagen – und der sogenannte Artemis-Accords-Verbund. Bei dem Verbund geht es noch um viel mehr. Aber diese Thematik, diese Sache muss über die Vereinten Nationen geregelt werden.

Dafür wäre es wichtig, dass Deutschland ein Weltraumgesetz hat, denn wir können nicht da hingehen und den anderen sagen, sie müssten so oder so müssen agieren, obwohl wir selbst noch keine völkerrechtlich verpflichtende Gesetzgebung haben. Ich bin aber sicher, dass diese Bundesregierung auch das löst.

Hinsichtlich der Frage, wie die Raumfahrt in Europa eigentlich funktioniert, gibt es drei feste Säulen. Das ist einmal die Europäische Union, es gibt die ESA, und es gibt die nationalen Staaten. Hinsichtlich des so positiven Bildes der ESA – ich bin Fan der ESA; ich bin sozusagen im Aufsichtsrat der ESA; ich sitze da jedes Quartal drin – sage ich es aber mal so: Wie bei den Vereinten Nationen ist Geschwindigkeit nicht wirklich das, was man bei der ESA macht.

Die ESA ist wichtig. Die ESA ist exzellent, um große Projekte, große Missionen zu machen, um uns zusammenzuführen und in Europa Missionen durchzuführen, die keine Nation selbst schaffen würde. Die Wissenschaftsmissionen der ESA sind outstanding, und die ESA hat es geschafft, die Raumfahrt mit unseren internationalen Partnern, mit der NASA ...

Die sind übrigens exzellent – gestern hatte ich noch ein Gespräch mit Amit, dem Chef der NASA; Duffy, der Verkehrsminister, ist der Administrator; darunter ist Amit, der Acting Director, der Deputy Administrator –; die stehen zu ihren Verbindungen. Es gibt nun bestimmte Dinge, die budgetär nicht dargestellt werden. Ich sage es aber mal: Die haben wissenschaftliche Tätigkeiten im NASA-Bereich gestrichen, führen die aber in

anderen Budgets fort. Die Informationsverbreitung in Europa ist etwas verkürzt: Das wollte ich kurz korrigieren; ich wollte da ein bisschen eingreifen. Die NASA ist immer noch unser bester Partner, gemeinsam mit der JAXA.

In der ESA führen wir diese Missionen durch und sind so weit, dass wir sogar eine Mission zum Jupiter, JUICE, machen, um dort zu gucken, ob es zum Beispiel eine Basis für Leben unter den Eismonden gibt. Da führt die ESA, und die NASA und die JAXA folgen. Das ist das Wichtige: Manchmal folgen wir dem Lead der NASA, manchmal folgen wir dem Lead der JAXA, der Japaner, und manchmal folgen die JAXA, die NASA und andere Nationen – die Vereinten Arabischen Emirate sind extrem aktiv; Indien ist extrem aktiv – uns.

Die nächste Säule ist die Europäische Union, die sozusagen fertige Technologien holt. Die ESA verfolgt eine Technology-Push-Strategie, und die EU verfolgt eine Market-Pull-Strategie. Die EU holt sich die Technologien, die fertig entwickelt wurden. Die EU will ihr Budget im kommenden Finanzrahmen, im kommenden MFR vervierfachen. Das ist der Vorschlag für den Bereich der Raumfahrt, ob sie das bekommen sei dahingestellt. Aber auch wenn sie nur das Doppelte bekämen, wäre das immerhin eine starke Sache.

Um ein Beispiel zu nennen: Die Europäische Union ist, Sie sind übrigens die Eigentümer von Copernicus, dem weltbesten Erdbeobachtungssystem. Jeder, der CNN guckt, sieht europäische Bilder.

Galileo, das weltbeste Navigationssystem, wurde innerhalb der ESA entwickelt, wird aber betrieben von und befindet sich im Eigentum der Europäischen Union

Es gab auch eine Frage hinsichtlich der Kommunikation. Wir sind nicht abhängig von der Kommunikationskonstellation SpaceX, denn wir haben terrestrische Systeme. Die EU möchte mit Iris² ein eigenes System aufbauen. Minister Pistorius hat beim BDI-Weltraumkongress 35 Milliarden Euro für die Weltraumsicherheit angekündigt. Darin ist auch eine Konstellation für die Kommunikation inkludiert, die bis 2029 vorbereitet und bis 1932 stehen soll. Insofern ist unsere Abhängigkeit überschaubar. Die Bundesregierung hat jetzt ein eindeutiges Signal gezeigt und in der Diskussion Deutschland als Anlehungsstaat für andere europäische Staaten ins Spiel gebracht. Unsere Abhängigkeit ist im Kommunikationsbereich also überschaubar.

Beim Zugang zum All sieht es anders aus. Es gab zwischen Ariane 5 und Ariane 6 einen Gap, sodass wir von anderen Staaten abhängig waren. Wir sind aber insgesamt abhängig, denn auch wenn wir die Ariane 5 starten, geht das nicht ohne Triple-E-Bauteile – sorry für den Begriff –, die aus den USA kommen. Wenn wir Satelliten starten, können wir die nicht zu 100 % in Europa starten. Das ist eine signifikante Abhängigkeit, die wir von anderen Staaten und vor allem von Nordamerika haben. Auch wenn wir glauben, dass das europäische Fähigkeiten sind, sind wir von Unabhängigkeit weit entfernt. Deutschland und Frankreich haben ein Programm aufgesetzt, um diese Abhängigkeit zu reduzieren. Wir wollen Produkte entwickeln und an die Industrie übergeben, damit die dann auf dem entsprechenden Shelf sind.

Die Space Cowboys: Ich würde das Bild gerne anders sehen. Ich war in meiner Funktion verständlicherweise bei beiden Veranstaltungen. Ministerpräsident Wüst bringt das Thema wirklich nach vorne. Wir sind echt dankbar, dass einer jetzt mal so pusht.

Ministerpräsident Söder tut das Gleiche – vielleicht mit ein bisschen mehr medialer Aufmerksamkeit. Aber beide leisten etwas wirklich Wichtiges, gerade in der Vorbereitung dafür,

(Zuruf von Romina Plonsker [CDU])

dass wir bei der ESA-Ministerratskonferenz die Verantwortung übernehmen. In einer Zeit, in der Frankreich, das über Jahrzehnte die Raumfahrt in Europa gepusht hat, das aus haushalterischen Gründen jetzt nicht kann, ist nun die Zeit, dass Deutschland diese Verantwortung übernimmt und hier partnerschaftlich mit Frankreich, aber auch mit Italien einspringt und ein starkes Zeichen setzt, und das nicht nur, weil wir nach über 20 Jahren wieder das Gastgeberland sind. Dafür müssen sich die beiden aber nicht gegenüberstehen, sondern können nebeneinanderstehen. Das habe ich auch gesagt.

Jetzt macht keinen Quatsch und versucht, das Mondkontrollzentrum aus Oberpfaffenhofen nach Köln zu bekommen. Wir haben es geschafft Daniel Neuenschwander – mit dem haben Sie, Professor Hiesinger, gesprochen – für das Amt des Direktors des ESA-Explorationsprogramms – das ist eines der vielen Programme, die dann immer berichten – von ESTEC in den Niederlanden nach Deutschland zu holen. Wir müssen uns gegenseitig unterstützen.

Jetzt zu der Frage nach der Initiative. Sie sagten, Sie hätten wenig Budget. Dieses Budget muss aber gehebelt werden. Letztes Jahr habe ich einen Bund-Länder-Koordinator eingestellt, der mit den Ländern zusammenarbeitet, um gemeinsam Projekte zu finden, damit wir Ihre Budgets und die Budgets des Bundes – wir haben höhere Budgets – matchen; das würden wir gerne tun. Wir wollen keine 50-50-Finanzierung; auch eine 30-70-Finanzierung ist fein. Wir möchten nur mit den Ländern zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass wir Synergien haben und dass nicht in Bayern, in Bremen und in Nordrhein-Westfalen die gleichen Dinge entwickelt werden. Daran arbeiten wir. Wenn Sie diese Initiative machen, wenn Sie ein Budget zur Kofinanzierung der Bundesmittel im Raumfahrtbereich entwickeln, verspreche ich Ihnen, dass mein Bund-Länder-Koordinator, der sowieso schon in Bonn sitzt, dann auch öfter hier vorbeikommt.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Dr. Pelzer. Ich habe nur die Überschrift des heutigen Artikels vom Bayerischen Rundfunk mit dieser Fragestellung zitiert.

Dr. Harald Cremer (AeroSpace.NRW): Ich würde gerne noch ergänzen, insbesondere zu den Fragen der Abgeordneten Aymaz, der Abgeordneten Blask und Herrn Dr. Pfeil. Das waren Fragen nach politischen Initiativen, die es gerade braucht, nach politischen Entscheidungen. Die wichtigste Entscheidung ist schon getroffen worden, nämlich dass das Thema „Raumfahrt“ in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stellenwert hat – so ist zumindest mein Eindruck. Ich glaube, dass das festgehalten werden kann. Ich will zu dem, was Herr Dr. Pelzer und Herr Professor Hiesinger schon genannt haben, nicht ins Detail gehen.

Wichtig ist, dass wir zu dem Thema im Diskurs bleiben, denn es gibt nicht die eine Entscheidung und nur Förderung wird auch nicht nur ausreichen. Es wurden in der

Vergangenheit auch schon viele Dinge gemacht. Es braucht auch ein bisschen diesen strategischen Blickwinkel – es gab ja auch die Fragen, was denn eigentlich Bayern macht, was NRW machen könnte oder macht –, und ich glaube, dass der definiert werden muss. Ich glaube, dass wir da auf einem guten Weg sind. Meines Wissens wird gerade ein Chancenpapier für Nordrhein-Westfalen zum Thema „Raumfahrt“ erstellt, in dem auch solche Fragestellungen diskutiert werden sollen. Ich habe die Veröffentlichungsdaten nicht im Kopf, aber ich glaube, dass die Veröffentlichung zeitnah erfolgen wird – so ist mein Eindruck. Diesen Diskurs beizubehalten, ist total wichtig.

Bei den Förderungen bin ich total bei Herrn Pelzer. Das Thema „Hebeln“ ist superwichtig. Es sollte noch ein bisschen darüber nachgedacht werden, wie wir auch den Mittelstand, die Zulieferer, in Nordrhein-Westfalen mitnehmen. Für viele Dinge gab es in den vergangenen Jahren EFRE-Förderungen. „Luft- und Raumfahrt“ gab es in der bisherigen Form eigentlich nicht als explizites Themenfeld. Ich denke, dass auch bei knappen Mitteln schon eine Menge bewegt werden kann. Das ist ein wichtiges Thema.

Es muss auch ein Gespür dafür entwickelt werden, wo die Märkte der Zukunft liegen. Eben ist schon das Thema „Post-ISS“ diskutiert worden. Es gibt aktuell – das ist auch öffentlich – ein MoU mit Axiom Space und eins mit Airbus bzw. Starlab, mit denen man kooperieren wollte. Wir sitzen heute mit den Kollegen von Airbus bzw. Starlab zusammen, um zu überlegen, was man in NRW machen kann. Wir sind gerade in der Planung einer Veranstaltung im Frühjahr 2026 zum Thema „Post-ISS“ und den folgenden Fragen. Wo liegen die Chancen für unsere Unternehmen? Was kann da gemacht werden? Dieser Prozess der Kommunikation, der Abstimmung ist das Existenzielle, was gebraucht wird. Deswegen ist es wichtig, dass wir heute hier sind.

Es wurde von Frau Aymaz noch gefragt, was die Schwierigkeiten im Bereich „Klimaneutralität“ sind. Ich gehe jetzt eher in Richtung der Luftfahrt und lasse die Raumfahrt ein bisschen außen vor. Ich hatte eben schon mal kurz erwähnt, was gerade passiert. Auf der einen Seite stehen volle Auftragsbücher, auf der anderen Seite werden manche Dinge verschoben. Man muss immer unterscheiden. Es gibt einmal den Bereich der Technologieentwicklung, in dem wir, glaube ich, grundsätzlich auf einem guten Weg sind, auch wenn es natürlich noch Herausforderungen gibt.

Es darf aber nicht vergessen werden, dass das Ganze natürlich auch nur mit Verfügbarkeiten funktioniert. Beispielsweise bezüglich SAF oder Wasserstoff würde es nicht ausreichen, wenn es nur in Düsseldorf eine Wasserstofftankstelle gäbe. Wir reden ja über nationale, europaweite, internationale Flüge. Bei solch neuen Technologien müssen wir das Thema „Infrastruktur“ global betrachten.

Der Kostenfaktor ist sicherlich ein wichtiger Punkt. Wir in NRW mit vielen Projekten sind, glaube ich, gut unterwegs. Es gibt im Strukturwandel viele Dinge, die darauf einzahlen. Ich könnte jetzt sehr ins Detail gehen, lasse das aber. Wir in NRW sind aber auch nicht allein – sprich: es ist sehr wichtig, das im europäischen Kontext zu sehen.

Prof. Dr. Reinhold Ewald (Raumfahrtbotschafter des Landes Nordrhein-Westfalen [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank meinen Vorrednern, dem Expertengremium für die Beleuchtung all dieser Umbrüche, die wir zurzeit erleben. Die Raumfahrt ist sehr

dynamisch. Wir sehen das sowohl an unseren bisherigen Partnern, an der NASA, aber auch an der Szene in Deutschland mit Firmen, die sich zum Beispiel um eine Alternative für den Startbereich kümmern, die also kleine Raketen oder Ähnliches entwickeln. Da gibt es jetzt sicherlich eine große Dynamik.

Wir haben ziemlich viel über das Weltraumsegment gesprochen, aber hinsichtlich der wirtschaftlichen Hebelwirkung ist der Abdruck am Boden, der Footprint eines Weltraumprojekts eigentlich sehr viel interessanter. Herr Cremer hat schon erwähnt, dass Nordrhein-Westfalen mit Airbus und dem Starlab-Konsortium, das mit Voyager auch in den USA wesentlich vertreten ist, in einen Diskurs eingetreten ist, um vielleicht ein Science Hub von Starlab in Nordrhein-Westfalen anzusiedeln.

Die Frage war, was wir besser können als Bayern oder Baden-Württemberg: Wir können Umbrüche; wir können von der Steinkohle wegkommen und das Ruhrgebiet in entsprechender Weise modernisieren. Wir sind dabei, die Braunkohle abzuwickeln, und dabei können zum Beispiel große Flächen umgewidmet werden, um Neuansiedlungen aus dem Bereich der Raumfahrt zu fördern. Es ist Teil dieser Starlab-Idee, im Raum Jülich-Aachen-Köln ein Wissenschaftszentrum zu verorten, das dann der Infrastruktur, die im niedrigen Weltraum ist, zuliefert.

Ein entscheidendes Detail hat sich geändert – das weiß Herr Pelzer natürlich besser als ich –: Wir werden die Barter-Beiträge an die USA los. Die Weltraumstation, die ISS, baut auf Beiträge aller Partner, die dafür dann die Ressourcen wie den Aufenthalt von Astronautinnen und Astronauten oder die entsprechende Durchführung von Experimenten, die die Weltraumstation bietet, in Anspruch nehmen können. Ich glaube, dass diese Zeit vorbei ist, jetzt wird also wieder über Cash geredet. Darauf muss man sich natürlich einstellen und Autonomie entwickeln, sodass man selbst etwas tun kann und sich nicht mit Partnern über Barter verständigt. Angesichts dessen sind solche Schritte wie die Kooperation mit Starlab oder Axiom sehr wichtig.

Ein sichtbares Zeichen wäre die Verlagerung des Direktorats für Human Space Flight and Robotics Exploration der ESA nach Köln, um das Astronautenzentrum mit diesem Direktorat praktisch komplett zu machen. Es gibt erste Gespräche und Pläne sowie natürlich große Bereitschaft. Nordrhein-Westfalen wäre dann sichtbar als der Entscheidungsort für die weitergehenden Pläne über die Internationale Raumstation hinaus zum Mond und später zum Mars positioniert.

Das sind Dinge, die in dieser dynamischen Situation jetzt definiert werden müssen und für uns dann die Weichen für die Zukunft stellen. Mein Plädoyer wäre: Beachten Sie auch den Abdruck eines Weltraumsystems auf dem Boden mit den damit verbundenen wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Noch eine Sache. Ich komme gerade von einer Reise nach Brasilien zurück. Bei der Größe des Gebiets, das da für das Klima in der Welt entscheidend ist, kann eigentlich nur noch mit Weltraummitteln gearbeitet werden. Die ESA und auch die Europäische Union können sich für Copernicus auf die Schultern klopfen: Fakten können nicht wegdiskutiert werden, können nicht in irgendeiner Form ideologisch begleitet werden, wenn sie von unabhängigen und öffentlich zugänglichen Systemen derart plastisch

und sichtbar geliefert werden. Das ist der Beitrag der Raumfahrt zu unserem Bewusstsein über die Klimafrage auf der Welt.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Damit sind wir am Ende unseres Fachgespräches. Herr Ewald, Herr Cremer, Herr Pelzer und Herr Hiesinger, herzlichen Dank, dass Sie uns zur Verfügung standen. Das war ein spannender und kurzweiliger Austausch, wie ich fand. Ich habe das Gefühl, dass es nicht der Letzte gewesen sein wird. Er war auf jeden Fall – das finde ich immer positiv – von Erkenntnisgewinn auf meiner und unserer Seite geprägt. Wenn man am Ende eines Fachgesprächs schlauer ist, als man reingegangen ist, hat es sich wirklich gelohnt. Vielen Dank fürs Kommen, und gute Heimreise! Auf Wiedersehen auch an Herrn Ewald.

(Beifall)

Sie sind herzlich eingeladen, der Ausschusssitzung weiter zu folgen, wir haben aber jedes Verständnis, wenn Sie weiterziehen.

(Beifall – Dr. Harald Cremer [AeroSpace.NRW], Prof. Dr. Harald Hiesinger [Universität Münster, wissenschaftlicher Berater der Europäischen Weltraumorganisation] und Dr. Walther Pelzer [Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Die Deutsche Raumfahrtagentur]: Danke!)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/15000
Drucksache 18/16300 (Ergänzungsvorlage)

Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses
Vorlage 18/4219 (Erläuterungsband)
Vorlage 18/4366 (Einbringungsbericht)
Vorlage 18/4508 (Beantwortung der Fragen der Fraktion der SPD)

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt, am 17.09.2025)

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) führt aus:

Gerne nutze ich die Gelegenheit, im Rahmen unserer Haushaltsberatung etwas dazu zu sagen, inwieweit die Ergänzungsvorlage unseren Einzelplan verändert. Die Ergänzungsvorlage führt an vier Stellen zu Änderungen in der Höhe von insgesamt 600.000 Euro, die aufgrund der verbesserten Steuerschätzung von Ende Oktober zusätzlich zur Verfügung stehen. Diese 600.000 Euro will die Landesregierung wie folgt einsetzen.

Davon nutzen wir 300.000 Euro, um die GrenzInfoPunkte unsererseits mit der nötigen Finanzierung zu versehen. Sie erinnern sich bestimmt an den Besuch der Eu-regios hier im Ausschuss und an meine Zusage aus dem Frühjahr, dass wir bei dieser Frage zu gegebener Zeit zu einer Entscheidung kommen wollen. Das hatten wir mit den Niederländern zusammen vorbereitet, die Niederländer waren dann aber wahrscheinlich aufgrund eigener Druckverhältnisse etwas vorgeprescht. Wir würden unsere Zusage einhalten wollen, und die GrenzInfoPunkte gerne in gleicher Höhe wie die Niederländer ausfinanzieren. Dort wird wichtige Arbeit für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit geleistet.

Der zweite Punkt ist – ich bleibe bei dem Themenkreis –, dass wir die Arbeit des Deutsch-Niederländischen Jugendwerks mit 50.000 Euro unterstützen wollen. Das könnte aufgrund anderer bereiter Mittel sogar noch etwas mehr sein, aber 50.000 Euro kommen aus der Ergänzungsvorlage. Wir wollen unbedingt, dass diese intensive Zusammenarbeit, die wir auf allen Ebenen pflegen, vor allen Dingen natürlich im Bereich der Jugend sichergestellt ist.

Der dritte Punkt ist, dass wir in der Höhe von knapp 150.000 Euro die Kürzungen bei den Promotoren rückgängig machen bzw. die bisher angesetzte Kürzung in

diesem Bereich nicht realisieren wollen. Dementsprechend würden wir diesen Bereich, der in der Vergangenheit schon einmal einen Beitrag zur Konsolidierung geleistet hat, im Haushaltsjahr 2026 von weiteren Kürzungen ausnehmen.

Der vierte und letzte Punkt ist eine Verringerung der Kürzungen im Bereich der internationalen Maßnahmen in Höhe von 100.000 Euro. Sie wissen, dass wir aus diesem Titel unsere Hilfen für die Ukraine und teilweise auch unsere Maßnahmen hinsichtlich Israel finanzieren. Das ist etwas, was uns im nächsten Jahr sicherlich noch weiter beschäftigen wird, und vor dem Hintergrund ist es gut, dass der Konsolidierungsbeitrag in diesem Titel nicht so hoch ausfallen muss, wie bisher geplant.

Das sind die vier Punkte, an denen die Ergänzungsvorlage zu einer Veränderung des hier zu beratenden Einzelplans führt. Es war mir wichtig, das zu Beginn unserer Beratung ergänzend auszuführen.

Dank der Steuerschätzung hätten die Ansätze für das Promotorenprogramm und die GrenzInfoPunkte im Rahmen der Ergänzungsvorlage trotz der schwierigen Haushaltslage erfreulicherweise erhöht werden können, so **Romina Plonsker (CDU)**. Damit entfalle die ursprünglich für das Promotorenprogramm vorgesehene Kürzung, und der Ansatz für die GrenzInfoPunkte entspreche dem der Nachbarländer.

Es sei immer einfacher, Mittel zu erhöhen, angesichts der schwierigen Haushaltslage habe die Regierungskoalition wie in den vergangenen Jahren aber Prioritäten setzen und beibehalten müssen. Auch in den Kapiteln „Europa“ und „Internationale Angelegenheiten“ hätten Kürzungen vorgenommen werden müssen. Es würden kreative Ansätze verfolgt, um die finanzielle Situation Nordrhein-Westfalens zu verbessern. Sie danke der Staatskanzlei für die gute Arbeit bei der Haushaltsaufstellung.

Inge Blask (SPD) begrüßt es, dass durch die Ergänzungsvorlage für die Kapitel „Europa“ und „Internationale Angelegenheiten“ 600.000 Euro zusätzlich zur Verfügung ständen. Durch die Rücknahme der Kürzung beim Promotorenprogramm werde dessen Finanzierung, wie von der Landesregierung versprochen, für die Zukunft sichergestellt und ausgeweitet. Es sei wichtig, dass durch die 300.000 Euro für die GrenzInfoPunkte mit dem Mitteleinsatz der Partnerländer gleichgezogen werde. Am 12. September 2025 seien die Euregios im Ausschuss zu Gast gewesen und hätten ihr Finanzierungskonzept vorgestellt, siehe Ausschussprotokoll 18/981.

Die SPD-Fraktion kritisiere die Priorisierung teurer Leuchtturmprojekte gegenüber kleinen, niedrigschwelligen Projekten; dies widerspreche dem sozialdemokratischen Verständnis vom Umgang mit Steuergeldern sowie von der Demokratiebildung und -vermittlung. Beispielsweise werde die Finanzierung für den Konkreten Friedensdienst – im Jahr 2024 habe der Ansatz bei 346.000 Euro gelegen – nächstes Jahr erneut ausgesetzt, während die Mittel für die Akademie für Internationale Politik in Bonn in Höhe von 1,5 Millionen Euro nicht einmal gekürzt würden.

Die Akademie habe pro Jahr acht bis zehn Stipendiaten und führe ein paar Veranstaltungen durch; dies könnte auch von anderen hervorragenden akademischen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen geleistet werden. Im Rahmen des Konkreten Friedensdienst

dagegen hätten sich in 40 Jahren über 10.000 junge Menschen, darunter hauptsächlich Azubis, Schulabsolventen und junge Berufstätige, in mehr als 50 Staaten engagiert, und zwar mit einem überschaubarem Mittelaufwand. Anstatt fortgeführt zu werden, sei dieses Programm mit einem Handstreich beerdigt worden.

Zwar erkenne die AfD-Fraktion die schwierige Haushaltslage an, diese sei von den anderen Parteien aber selbst herbeigeführt worden, sagt **Andreas Keith (AfD)**. Die Fraktion werde in den nächsten Tagen Änderungsanträge einbringen, die dieser Haushaltslage Rechnung trügen. Angesichts des relativ kleinen Haushalts müsse an die Bürger das Signal gesandt werden, dass sich das Land teure Prestigeprojekte nicht mehr leisten könne.

Für die Ausgaben für die Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte, Titel 427 00, gebe es angesichts der Expertise von Minister Nathanael Liminski (MBEIM) und den Mitarbeitern der Staatskanzlei keinerlei Notwendigkeit. Dies gelte insbesondere im Hinblick darauf, dass Nordrhein-Westfalen mit 174 Milliarden Euro unter den Bundesländern den höchsten Schuldenstand habe.

Mit den Ausgaben für die Europaaktivitäten des Landes und Pflege der europäischen Beziehungen, Kapitel 02 030 Titel 534 10, baue das Land unnötigerweise Parallelstrukturen zum Bund auf, denn fast keine von diesem Titel gedeckte Aufgabe falle unter die Landeszuständigkeit.

Projekte wie die Stärkung der Kooperationsansätze in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Piemont, besonders hinsichtlich der Künstlichen Intelligenz, sowie die Pflege der freundschaftlichen Partnerschaft mit den Nachbarländern unterstütze die Fraktion.

Neben anderen Ansätzen wolle die AfD-Fraktion insbesondere den für Kapitel 02 040 Titel 529 00, Zur Verfügung für humanitäre Maßnahmen, erhöhen, da damit durch Katastrophen und Krisen im Ausland in Not geratenen Menschen schnell und unbürokratisch geholfen werde.

Zwar hätte sich durch die Steuerschätzung eine andere Situation ergeben, die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen und damit einhergehenden Handlungsspielräume erforderten aber Priorisierungen, führt **Berivan Aymaz (GRÜNE)** aus. Das Ziel dabei laute, Strukturen sowie Handlungsmöglichkeiten zu erhalten, um aus Nordrhein-Westfalen heraus europäische und internationale Verantwortung wahrzunehmen.

Sie freue sich über die Rücknahme der ursprünglich geplanten Kürzung des Promotorenprogramms und damit über die Erhaltung sowie Förderung dieser zentralen Struktur. Der zivilgesellschaftliche Einsatz für Völkerverständigung und Eine-Welt-Arbeit könne fortgesetzt werden. Bei dem Programm handele es sich mitnichten um ein Prestigeprojekt, denn es habe eine breite Wirkung.

Dank der zusätzlichen Mittel für die GrenzInfoPunkte komme Nordrhein-Westfalen seinen Zusagen und Verpflichtungen nach, wie es vorher bereits die Niederlande getan habe. Dadurch werde Nordrhein-Westfalen weiterhin als verlässlicher Partner wahrgenommen.

Die Einzelpläne unterschieden sich, die durch die Ergänzungsvorlage zur Verfügung gestellten Mittel seien aber allen zugutegekommen, hebt **Dr. Werner Pfeil (FDP)** hervor. Die zusätzlichen Mittel für das Promotorenprogramm sowie für die GrenzInfoPunkte begrüße er.

Er halte den Ansatz für das Einstein-Teleskop für zu gering – auch in dem vorangegangenen Gespräch seien mehr Landesmittel für den Bereich „Weltraum“ gefordert worden. Bezüglich des Teleskops ständen demnächst Entscheidungen an. In der Vergangenheit seien die Signale aus Berlin falsch und die Antworten unzureichend gewesen.

Die erneute Aussetzung des Konkreten Friedensdienstes müsse von den Abgeordneten der regierungstragenden Fraktionen hinterfragt werden, schließlich fänden überall kriegerische Auseinandersetzung statt. Auf Bundesebene würden Milliarden in die Verteidigung gesteckt; die Bundeswehr sei ein großes Thema. Der nordrhein-westfälische Haushaltsentwurf für das Jahr 2026 belaufe sich auf eine Rekordhöhe. Die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Innenausschuss hätten gestern beispielsweise dem Einzelplan 03 in Höhe von rund 8 Milliarden Euro zugestimmt. Angesichts all dessen hätten für den Konkreten Friedensdienst seiner Meinung nach durchaus 200.000 Euro zur Verfügung stehen können und müssen.

Die Landesregierung leiste im Rahmen dessen, was unter den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen möglich sei, gute Arbeit, stellt **Dr. Günther Bergmann (CDU)** fest. Es werde sich auf bestehende Stärken fokussiert. Die Promotoren könnten richtigerweise weiterarbeiten.

Die GrenzInfoPunkte würden dank der zur Verfügung gestellten Mittel weiterhin eine große Rolle in der deutsch-niederländischen Zusammenarbeit spielen. Deren Arbeit komme Niederländern, die in Deutschland arbeiteten, und Deutschen, die in den Niederlanden arbeiteten, zugute. Ursächlich für den Mitteleinsatz sei nicht der Besuch der Euregios im Ausschuss gewesen, sondern die lang im Voraus stattfindenden Gespräche und Planungen der Landesregierung. Das erwartete niederländische Signal, nun Mittel bereitzustellen, sei zufällig mit dem Besuch der Euregios zusammengefallen.

Sich als Politiker externe Expertise einzuholen, führe zu einem breiteren Blickwinkel – er verweise auf das Gespräch gerade eben und auf seinen Besuch im Weltraumlagezentrum der Bundeswehr in Uedem, in dem die NATO den Weltraum überwache. Der Besuch habe ihm die Dominanz amerikanischer Privatpersonen wie Elon Musk, der im Rahmen von Starlink 12.000 Satelliten betreiben wolle, sowie die Menge an Weltraumschrott von Zehntausenden Tonnen verdeutlicht.

Die Finanzierung des Konkreten Friedensdienstes sei damals nicht aus qualitativen Gründen ausgesetzt worden; der Respekt und die Anerkennung für das Programm seien hoch, und es habe viele Gespräche gegeben. Da es neben dem Land noch andere Finanzierungsquellen wie den Bund gebe, habe die Koalition angesichts der Rahmenbedingungen nach mittlerweile drei Jahren Rezession in Deutschland schweren Herzens entschieden, die Landesfinanzierung auszusetzen.

Die Akademie für Internationale Politik habe seit dem Jahr 2023 im Übrigen eine erhebliche Kürzung der Mittel um 1,1 Millionen Euro hinnehmen müssen.

Sie habe nicht das Promotorenprogramm als Prestigeprojekt bezeichnet, sondern die Akademie für Internationale Politik, betont **Inge Blask (SPD)**. Deren Mittel seien im Haushaltsplan für das Jahr 2026 nicht gekürzt worden. Im Gegensatz dazu habe das Promotorenprogramm bereits in diesem Jahr eine Kürzung verkraften müssen. Diese habe fast zur Arbeitsunfähigkeit geführt; mit einer weiteren Kürzung wäre die Arbeit quasi unmöglich geworden.

Es wäre an der Zeit gewesen, die Finanzierung für den Konkreten Friedensdienst wie angekündigt – der Titel werde weiterhin im Haushaltsplan aufgeführt – wieder aufzunehmen.

Er habe nicht per se etwas gegen externe Expertise, erläutert **Andreas Keith (AfD)**. Das vorangegangene Gespräch beispielsweise sei bereichernd und interessant gewesen.

Allerdings sollte in einer schwierigen Haushaltslage hinterfragt werden, ob das Einholen externer Expertise Sinn ergebe, wenn es im intern bereits viel Expertise gebe. Dieser Kritikpunkte betreffe sowohl das Land als auch den Bund. Teilweise eigne sich externe Expertise nur für den Papierkorb. Die AfD-Fraktion erkenne in diesem Bereich Einsparpotenzial.

Der Ausschuss stimmt den in Zuständigkeit des Ausschusses für Europa und Internationales befindlichen Kapiteln des Einzelplans 02 unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage Drucksache 18/16300 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

3 Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei nach seiner Israelreise vom 25. bis zum 27. Oktober 2025 (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe APr 18/1042])

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) berichtet:

Gerne berichte ich von meiner Reise, die im Wesentlichen drei Stationen hatte: Ramallah am Ankunftstag, Tel Aviv und den Süden Israels am Folgetag sowie Jerusalem am 27. Oktober.

Es gab bei dieser Reise drei Leitthemen. Ein Kernanlass war die Erneuerung der Partnerschaft mit Yad Vashem durch das Land Nordrhein-Westfalen. Zweitens war es ein Besuch im Nachgang zum 7. Oktober 2023, und es ging um die Folgen daraus und darum, inwieweit Nordrhein-Westfalen an dieser Stelle helfen kann. Drittens ging es um die Vertiefung der Kooperation mit Israel im Bereich „Resilienz“. Ich werde zu allen drei Themen kurz davon, was ich dort gemacht habe, und von den Kernerkenntnissen berichten.

Zuerst zu Yad Vashem. Wir haben die gemeinsame Absichtserklärung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und Yad Vashem für die Jahre 2025 bis 2029 besiegelt. Der Ministerpräsident hatte sie zuvor schon hier unterzeichnet, und Herr Dani Dayan, der Präsident, hat dies dann vor Ort getan. Nordrhein-Westfalen ist das Land mit der langlebigsten und vielfältigsten Partnerschaft mit Yad Vashem. Wenn man vor Ort ist, merkt man immer wieder, dass die Wertschätzung dafür groß ist.

Ein zweites Thema war natürlich die mögliche Ansiedlung des ersten Bildungszentrums von Yad Vashem außerhalb von Israel. Sie wissen, dass Yad Vashem sich dazu entschieden hat, dieses Bildungszentrum in Deutschland zu realisieren. Aus Israel rauszugehen, ist für die Gedenkstätte ein großer Schritt. Innerhalb von Deutschland sind auf der Grundlage einer Machbarkeitsstudie drei Länder in den Blick genommen worden, nämlich Bayern, Sachsen und Nordrhein-Westfalen. Wir haben unsererseits sehr früh Interesse gezeigt. Bei meiner letzten Israel-Reise im Sommer 2023 habe ich Dani Dayan bereits einen Brief übergeben, und ihm gesagt, dass wir dafür grundsätzlich zur Verfügung stehen.

Die Bedeutung ist nicht zu überschätzen: In dem Moment, in dem die letzten überlebenden Zeitzeugen der Schoah sterben werden, wird – davon muss leider ausgegangen werden – ein Deutungskampf darüber beginnen, welche Quantität und Qualität die Schoah hatte, und es wird wichtig sein, dass Yad Vashem, gewissermaßen als das Lehramt der Holocaustbildung, dann breit aufgestellt ist. Wir wollen dafür gerne den richtigen Standort bieten.

Bei meinem Gespräch mit Dani Dayan hatte ich neben einem Papier zu den Vorzügen von Nordrhein-Westfalen noch ein von den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern, den Kirchen, den jüdischen Verbänden, den muslimischen Verbänden und der Gedenkstättenlandschaft – es ist keine Selbstverständlichkeit, so offen dafür zu sein, dass jemand Neues dazukommt – Nordrhein-Westfalens unterzeichnetes Unterstützungs-

schreiben dabei. Dieses hatte ich im Vorfeld vorbereitet, um dem Präsidenten zu signalisieren, dass sich die Landesregierung nicht in einem Wettbewerb um ein Prestigeobjekt befindet, sondern dass wir wirklich ein Hebel für eine möglichst maximale Wirksamkeit dieses Bildungszentrums in Deutschland und Europa sein könnten. Das wurde dort sehr positiv aufgegriffen und konnte durch die Reise des Landtagspräsidenten mit einer Delegation einige Tage später noch vertieft werden.

Zum zweiten Thema der Reise: der politische Kontext zwei Jahre nach dem 7. Oktober 2023. Ich glaube, dass die Haltung Nordrhein-Westfalens zur Sicherheit und Existenz Israels außer Frage steht. Gleichzeitig machen wir immer wieder klar, dass Solidarität mit Israel es nicht verbietet, Empathie für die Opfer in der Zivilbevölkerung in den palästinensischen Gebieten zu empfinden und auch sichtbar zu machen, und um das sichtbar zu machen und nicht nur im Mund zu führen, habe ich zu Beginn der Reise dem Sitz des Präsidenten der Autonomiebehörde in Ramallah einen Besuch abgestattet. Ich konnte auch kurz mit Herrn Abbas über die Situation, darüber, wie er das wahrnimmt, und mit seinem Chefberater für diplomatische Fragen sprechen.

Mit Blick auf die Überlegungen zu Gaza wird es sehr wesentlich darauf ankommen, welche eigene palästinensische Stelle dort Verwaltungsleistungen übernehmen wird. Die Diskussion darüber läuft noch, und viele sind sich einig, dass das nicht die Hamas sein kann. Deshalb gerät die Autonomiebehörde in den Fokus. Vielfach gibt es auch Kritik, die wir natürlich ebenfalls erörtert haben. Ich glaube aber, dass es im Interesse aller ist, wenn die palästinensischen Kräfte, die diesen Friedensplan unterstützen, gestärkt werden, und das war ein Anlass für dieses Gespräch.

Im Nachgang zu diesem Termin habe ich vor Ort Vertreter der GIZ, mit der wir in den palästinensischen Autonomiegebieten in der Vergangenheit vielfach Projekte durchgeführt haben, getroffen, die sich über das Interesse sehr freuten. Wir haben in diesem Gespräch verschiedene Aspekte identifiziert, die jetzt noch mal gezielt angegangen werden könnten.

Was meine ich damit? Verwaltungsexpertise und Kapazität aufbauen ist etwas, das Länder in Deutschland besonders gut können. Ich rede bewusst nicht über irgendwelche Themen fernab davon, sondern wirklich über das harte Geschäft von Verwaltung. Die GIZ ist sehr daran interessiert, auf die Expertise des größten Bundeslandes zurückzugreifen. Vor der Reise, als Vorbereitung hatte ich das schon einmal mit Herrn Schäfer-Gümbel, dem Präsidenten der GIZ, besprochen. Wir sind jetzt dabei, die Ergebnisse zusammenzuführen. Sofern wir konkret werden können, würde ich dem Ausschuss im Nachgang dazu natürlich berichten.

Zu diesem Teil gehört neben dem Besuch in Ramallah natürlich auch der Besuch im Süden Israels entlang des Gazastreifens. Ich war im Kibbuz Nir Oz, der von den Angriffen des 7. Oktober 2023 am stärksten betroffen war und davon immer noch sehr gezeichnet ist. Da sind die meisten Menschen verschleppt oder getötet worden. Ich hatte die Gelegenheit, mit Gadi Moses, einer überlebenden Geisel, zu sprechen, der mich entlang des Zauns oder der Grenze zum Gazastreifen geführt hat. Das war sehr eindrücklich, wie Sie sich vorstellen können. Es wurde sehr gern gesehen, dass wir zu Besuch kamen, weil der Kibbuz dadurch, dass er etwas entlegen

ist, nicht von so vielen internationalen Politikern aufgesucht wird, wie die Kibbuze, die nördlicher und damit näher zu Tel Aviv und zu Jerusalem liegen.

Ich war auch deshalb dort, weil im Rahmen der Realisierung unserer Projektinitiative „Shalom – Chaveruth“ zeitgleich eine Gruppe aus Bergisch Gladbach vor Ort war, die dabei hilft, diesen Kibbuz wiederaufzubauen. Sie sehen, dass das, was wir damals beabsichtigt haben, was Sie durch die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel ermöglicht haben, jetzt auch tatsächlich in die Tat umgesetzt wird. Es war sehr bewegend, das zu sehen, und auch sehr konkret.

Weitergehend war das auch beim Besuch in Sderot Thema. Das ist die Stadt, die am meisten unter dem Beschuss gelitten hat. Dort haben wir vielfach Initiativen im Rahmen des Projekts „Shalom – Chaveruth“ realisieren können. Diese lagen zum großen Teil im Bereich „Warnsysteme“, also eher in dem technologischen Bereich, und im Bereich der gesellschaftlichen Resilienz, die wir gemeinsam mit dem Bürgermeister und Stellen der öffentlichen Verwaltung erörtert haben.

Ich komme zum dritten Punkt der Reise, zu Kooperationen und zum Lernen von Israel, beispielsweise hinsichtlich der Resilienz. Ich habe in unserem Büro in Tel Aviv Unternehmensvertreter getroffen – die Gruppe wurde vorher zusammengestellt –, die sich bei Cyber- und Drohnenabwehr, bei anderen Fragen der Resilienz besonders hervorgetan haben. Dabei waren sehr spannende Dinge, die für Nordrhein-Westfalen und, ich glaube, auch für Deutschland ein großer Gewinn sein könnten. Ich habe innerhalb dieses knappen Zeitfensters vor Ort auch einzelne Unternehmen besucht.

Wir sind dabei, das mit unseren Kollegen in den anderen Fachressorts nachzubereiten, um entsprechende Initiativen abzuleiten, die wir in Nordrhein-Westfalen fruchtbar machen können. Ich könnte die ganze Unternehmensnamen jetzt aufzählen, lasse das mit Blick auf die Uhr aber lieber. Falls daran Interesse besteht, würde ich auch hierzu gerne noch mal berichten, wenn das konkret geworden ist.

So viel von mir zu dieser Reise von insgesamt zwei Tagen, diesen drei Schwerpunkten. Für Fragen bin natürlich jederzeit offen.

Berivan Aymaz (GRÜNE) dankt dem Minister für die wichtige Reise. In Ihrer Rolle als Vorsitzende der „Parlamentariergruppe NRW–Israel“ habe sie Gadi Moses Anfang November im Landtag getroffen. Das Gespräch mit ihm habe ihr die Bedeutung und Wirkung der Solidarität, insbesondere für den Wiederaufbau der angegriffenen Kibbuze verdeutlicht. Zwar hätten die Menschen in Israel in der Vergangenheit ein Stück weit gelernt, ihr Land immer wieder neu aufzubauen, aber angesichts der kollektiven Traumatisierung durch den Angriff am 7. Oktober 2023 sende jede Stimme und jedes Lächeln von außen Hoffnung und motiviere.

Die mehrfach geäußerte Dankbarkeit für das Programm „Shalom – Chaveruth“ – dies habe die Zusammenarbeit mit Bergisch Gladbach ermöglicht – habe ihr die Wirkungskraft dieses kleinen Programms verdeutlicht. Eine Fortführung des Programms begrüße sie, und sie bitte darum, den Ausschuss für Europa und Internationales über Maßnahmen im Rahmen des Projekts zu informieren.

Josef Neumann (SPD) dankt dem Minister ebenfalls für seine Reise. Das Absolvieren eines solchen Programms innerhalb von drei Tagen spreche für eine gute Organisation und persönliche Einsatzbereitschaft.

Es stände Nordrhein-Westfalen gut zu Gesicht, würde das Bildungszentrum der internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem dort angesiedelt. Angesichts des zunehmenden Antisemitismus und Rassismus komme der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte eine wichtige Bedeutung zu. Er verweise auf das Zentrum für verfolgte Künste in seiner Heimatstadt Solingen sowie das alljährliche Gedenken an die Reichspogromnacht am 9. November 1938.

Er begrüße es, dass der Minister sowohl das Leid der Menschen in Israel am und nach dem 7. Oktober 2023 als auch das der Menschen in den palästinensischen Gebieten Gazas, die die aktuellen Geschehnisse ertragen müssten, berücksichtigt habe. Die Anzahl der in Gaza getöteten Menschen, darunter Tausende von Kindern, spreche eine klare Sprache, und die Politik sei gut beraten, sich auch damit auseinanderzusetzen. Vielen werde später sicherlich die Frage gestellt, was sie getan hätten: Anstelle eines Schweigens bedürfe es in der derzeitigen Situation des Sprechens und vorzugsweise des Setzens von Zeichen. Der Wiederaufbau der Verwaltung, von Wohnungen, der medizinischen Versorgung, der Bildungsstrukturen sende für den in der Region dringend benötigten Frieden ein wichtiges Zeichen. Der derzeitige Waffenstillstand sei an vielen Stellen brüchig.

Er danke der Landesregierung, dass sie sich auch zukünftig in der Region engagieren und Mittel bereitstellen wolle, um Friedenszeichen zu setzen und die Perspektive eines gemeinsamen Lebens von Israelis und Palästinensern aufzuzeigen.

Auch angesichts der Termine zu wirtschaftlichen Themen, zu Cyberthemen und zur Drohnensicherheit und dazu, was Nordrhein-Westfalen von Israel lernen könne, habe sich die Reise gelohnt.

Er habe Gadi Moses in Düsseldorf erfreulicherweise Anfang November wiedergesehen, erzählt **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**.

Da in Israel den Aussagen einer Regierung skeptischer begegnet werde als in Deutschland, helfe das Engagement des Landtags und der Parlamentariergruppe; dieses verdeutliche den Rückhalt für das Handeln der Landesregierung. Das fraktionsübergreifende und über die Grenzen zwischen Exekutive und Legislative hinweggehende Engagement zu Gaza unterstütze die Glaubwürdigkeit des nordrhein-westfälischen Ansatzes. Trotz Rückschlägen lohne sich der Einsatz.

Vorsitzender Stefan Engstfeld verweist auf einen Artikel zur Reise des Landtagspräsidenten nach Israel vom 30. Oktober 2025 bis zum 3. November 2025 in der siebten Ausgabe der Zeitschrift „Landtag Intern“.

4 Verschiedenes

a) Beantragungsfrist der Fraktionen für schriftliche Berichte

Aufgrund der Aktualisierung der Parlamentsinformationsvereinbarung, Drucksache 18/16358, zwischen dem Landtag und der Landesregierung müssten Fraktionen schriftliche Berichte nun zehn Arbeitstage vor der betreffenden Sitzung beantragen, informiert **Vorsitzender Stefan Engstfeld**. Für den in der Regel freitags tagenden Ausschuss für Europa und Internationales werde die Beantragungsfrist demzufolge zukünftig meist auf den Freitag der Vorvorwoche fallen.

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das vom Vorsitzenden Stefan Engstfeld vorgeschlagene Verfahren, dass schriftliche Berichte zukünftig in der Regel bis zum Freitag der Vorvorwoche um 14:00 Uhr beantragt werden müssen.

b) Mandat des Landes Nordrhein-Westfalen beim Ausschuss der Regionen

Vor seinem Ausscheiden aus der Landesverwaltung habe der ehemalige Staatssekretär Dr. Mark Speich Nordrhein-Westfalen als ordentliches Mitglied im Ausschuss der Regionen vertreten, und **Inge Blask (SPD)** erkundigt sich, ob bereits die Nachbesetzung vorgenommen worden sei. Fall nein, frage sie nach dem Grund dafür.

Aufgrund anderer Aufgaben stehe die Nachbesetzung noch aus, so **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**. Die Landesregierung arbeite daran und werde den Ausschuss für Europa und Internationales im Falle einer Nachbesetzung zeitnah informieren.

Zwar verfüge Stefan Engstfeld (GRÜNE) als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen über seine Fraktion über ein Stimmrecht, wodurch die Perspektive Nordrhein-Westfalens auch derzeit vertreten sei, er stimme aber zu, dass Nordrhein-Westfalen durch ein ordentliches Mitglied vertreten sein sollte.

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

17.12.2025/18.12.2025